

# 100 Millionen Euro fließen in alte Kaserne

2024 will die Bundespolizei die Catterick-Barracks wieder verlassen. Das macht sie jetzt erneut deutlich. Dann kommt die Stadt zum Zuge. Die will, dass dort massenhaft Wohnungen gebaut werden.

Sebastian Kaiser

■ **Bielefeld.** Für das rund 34 Hektar große Areal der ehemaligen Catterick-Kaserne an der Detmolder Straße hat die Stadt große Pläne. Sie will, dass dort weit über 1.000 neue Wohnungen, dazu Gewerbeflächen, Büros, Grünflächen und Kindergärten entstehen. Ende 2024 könnte es losgehen.

Doch in den nächsten zwei Jahren wird dort noch die Bundespolizei Nachwuchskräfte für Einsätze auf Bahnhöfen und Flughäfen, an den Landesgrenzen oder gegen Schleuserkriminalität ausbilden. Im September letzten Jahres hatte die Sicherheitsbehörde die neue Ausbildungsstätte in der Kaserne eröffnet und damit große Teile der Gebäude und des Areals, das dem Bund gehört, in Beschlag genommen.

445 Polizeianwärter, 140 Fachlehrer und 140 weitere Beschäftigte sind dort tätig. Mit der Stadt ist vereinbart, dass die Ausbildungsstätte nur bis 2024 betrieben wird.

Doch jetzt hat sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für den Standort stark gemacht. Ihr geht es besonders um die mehr als 100 zeitlich befristeten Beschäftigten. Die brauchen eine klare Perspektive vor Ort. Daher fordert die GdP eine „Anschlussnutzung“ durch die Bundespolizei für bestehende und künftige Aufgaben über 2024 hinaus.

In Bielefeld kann sich besonders die CDU mit solchen Vorstellungen anfreunden. Bezirksbürgermeister Bernd Henrichsmeier hatte sich bei der Eröffnung dafür ausgesprochen, dass die Ausbildungsstätte dauerhaft bestehen bleibt. Es bliebe auch dann noch Platz für städtischen Wohnungsbau. Jetzt hat auch die neue CDU-Chefin Christiana Bauer erklärt: „Wir müssen alles daransetzen, die Bundespolizei hier am Standort zu halten.“

Dazu gibt es nun eine klare Absage von der Bundespolizei. Die erklärt auf Anfrage dieser Zeitung: „Eine Bedarfsbegründung für die weitere Nutzung der großflächigen Liegenschaft Bielefeld über den September 2024 hinaus ergibt sich nach derzeitigen Planungen weder für den Ausbildungsbereich noch für sonstige Aufgaben der Bundespolizei.“ Der Nutzungszeitraum für die Bundespolizei-Ausbildungsstätte Bielefeld bestehe



Die Gebäude der Kaserne an der Detmolder Straße wurden für die Auszubildenden der Bundespolizei hergerichtet.

Foto: Peter Unger

nur noch für zwei Jahre. Auch die weitere Verstärkung der Bundespolizei durch zusätzliche Planstellen in diesem Jahr sowie weitere Einstellungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren führten „aus aktueller Sicht“ nicht zu einem Ausbildungsbedarf in Bielefeld über September 2024 hinaus, teilt Bundespolizei-Sprecher Reto Jonkhans mit. Die „sonstigen bestehenden materiellen und personellen Ressourcen der Bundespolizeiakademie“ seien für die Nachwuchsausbildung auch ohne den Standort Bielefeld ab Ende 2024 „derzeit ausreichend“.

## Bezahlbarer Wohnraum im hinteren Bereich

Damit wäre der Weg für die Stadt frei. Die will bis zum Abzug der Bundespolizei Pläne für die künftige zivile Nutzung des Areals fertigstellen. Das Bauamt hat das Kasernengelände bereits untersuchen lassen. Ein sogenanntes Strukturkonzept zeigt, in welchen Bereichen des Geländes zwischen Detmolder Straße und Lipper Hellweg Wohnungen, Büros, Freizeiteinrichtungen, Gewerbe, Kindergärten sowie Grünflächen entstehen könnten. Für Wohnungen sind die Flächen im hinteren, von der Detmolder

am weitesten entfernten Bereich vorgesehen. Nach den Vorgaben der Bielefelder Baulandstrategie müsste ein großer Anteil davon zu bezahlbarem Wohnraum werden.

Darüber hinaus sind Planungswettbewerbe in Vorbe-

reitung. „Dann sind die Pläne fertig, wenn die BuPo 2024 wie vorgesehen abzieht. Wir verlieren keine weitere Zeit und könnten sofort mit der Umsetzung beginnen“, so Sven Dodenhoff vom Bauamt.

Das Gelände müsste die

Stadt dem Bund abkaufen. Der hat dort kräftig investiert und Gebäude (Büros, Unterkünfte, Hallen) herrichten sowie für drei Jahre vier gemietet Containeranlagen aufstellen lassen. In einer Halle wurde für Trainingszwecke ein Bahnsteig gebaut, an dem Zugwagen aufgestellt wurden.

Nach Angaben der Bundespolizei wurden für die gemieteten Container Kosten von 23 Millionen Euro veranschlagt. Für die Herrichtung der Gebäude, die renoviert, umgebaut und teils von Asbest befreit werden mussten, nannte die Bundespolizei zuletzt Kosten von 34 Millionen Euro. Insgesamt kommen so 57 Millionen Euro zusammen.

Für die Polizeigewerkschaft sind diese Investitionen ein Grund für den Weiterbetrieb des Standorts. So würde etwa das sogenannte „Puma-Gebäude“ 144 Einzelzimmer mit „ansprechendem Hotelstandard“ bieten.

Die Bundespolizei sagt dagegen, dass „aufgrund der vorgesehenen temporären Nutzung 18 Gebäude mit einfachen Mitteln hergerichtet“ worden seien.

Wie viel die Stadt für die Kaserne bezahlen muss, ist allerdings noch völlig offen. Klar ist aber bereits, dass sie unabhängig von der Kaufsumme zunächst tief in die Tasche grei-

fen muss, um das Gelände zu entwickeln.

Der „Bericht zur vorbereitenden Untersuchung der Catterick-Barracks“ enthält Zahlen. Für Planung, Abriss von Gebäuden, Erschließung, für öffentliche Anlagen, den Bau eines Kindergartens und eines Stadtteilzentrums sowie für Entwicklungskosten werden dort 59,7 Millionen Euro veranschlagt – Stand August 2021. Der Grunderwerb ist dabei ausdrücklich nicht mit eingerechnet.

Im Gegenzug darf die Stadt mit hohen Einnahmen rechnen. Die ergeben sich hauptsächlich aus dem Verkauf von Bauland für Wohnhäuser, Gewerbe und Nutzungen der unterschiedlichsten Art. 53,5 Millionen Euro, so der Bericht, werden dafür veranschlagt. Daraus ergäbe sich eine Finanzlücke von rund 6,2 Millionen Euro.

Unter „Berücksichtigung eines noch auszuhandelnden Kaufpreises“ würde sich daher nur durch „weitere Optimierungen sowie den Einsatz von Fördermitteln eine wirtschaftlich tragfähige Entwicklung ergeben“, so der Untersuchungsbericht. Die Stadt hat für die ersten Planungen bereits einen kräftigen Landeszuschuss erhalten. Nun hofft sie auf weitere Gelder aus Düsseldorf und Berlin.



Will die Bundespolizei in Bielefeld halten: CDU-Chefin Christiana Bauer. Foto: Andreas Zobe



Bereitet die Neugestaltung der Kaserne vor: Sven Dodenhoff vom Bauamt. Foto: Silke Kröger



Weil die vorhandenen Gebäude nicht ausreichen, wurden auf dem Catterick-Gelände Containeranlagen aufgestellt. Foto: Peter Unger